

Keine Besoldungspolitik nach Kassenlage

In einem Offenen Brief an Landesfinanzminister Dr. Helmut Linssen fordert die Gewerkschaft der Polizei in NRW ein klares Wort zur künftigen Beamtenbesoldung. Bleiben Sie ehrlich, Herr Minister, und verabschieden Sie sich von einer Besoldungspolitik nach Kassenlage, fordert GdP-Landesvorsitzender Frank Richter. Die Gewerkschaft der Polizei bezieht sich auf einen Offenen Brief des Finanzministers an die Beamtinnen und Beamten der Landesverwaltung in NRW. Darin schreibt Linssen: Über eine lineare Erhöhung von Bezügen ab dem 1. Januar 2008 wird zeitnah im Lichte der Haushaltssituation entschieden.

Laut Gewerkschaft der Polizei ist diese Aussage eine Zumutung, die einer Besoldungspolitik nach Kassenlage das Wort redet. Das sei nicht ehrlich, und der Minister wisse das auch. Im Lichte der sprudelnden Steuereinnahmen habe Linssen eine Ergänzungsvorlage zum Landeshaushalt 2007 in den Landtag eingebracht, erinnert Frank Richter. Zusätzliche rund 1,1 Milliarden Euro Steuereinnahmen wolle er zur Absenkung der Nettoneuverschuldung verwenden. Das kam schnell, Herr Minister. Warum verweigern Sie im Lichte der aktuellen Haushaltsentwicklung ein klares Wort zur Beamtenbesoldung?, fragt der Gewerkschaftsvorsitzende. Die Tarifeinigung der Länder sieht für die Angestellten des Öffentlichen Dienstes ab 2008 eine lineare Gehaltserhöhung um 2,9 Prozent vor. Die GdP fordert das auch für die Beamten.



Die Gewerkschaft der Polizei erwartet Klarheit im Handeln und Wahrheit in der Argumentation. Sie will wissen, wie die Landesregierung grundsätzlich zu einer linearen Gehaltserhöhung 2008 für die Beamtinnen und Beamten des Landes steht. Die Haushaltskonsolidierung hat schon zu lange überproportional auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten stattgefunden, sagt GdP-Chef Frank Richter. Deshalb fordere die GdP, dass Schluss sein müsse mit der seit 2004 anhaltenden Entkopplung der Beamtenbesoldung von den allgemeinen Lohn- und Gehaltssteigerungen. Ministerpräsident Rüttgers habe in seiner Regierungserklärung am 13. Juli 2005 versprochen: Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen verbessern. GdP-Landesvorsitzender Richter erwartet vom Finanzminister: Tragen Sie dazu bei, dass sich das Vertrauen der Polizei zur Landesregierung verbessert. Auch das wäre ein Beitrag für die Innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen.